



Kundgebung gegen Todesstrafe in Israel am 29.4.: Friends of Standing Together und Don't Look Away e.V. rufen zu Kundgebung auf

Berlin, 28.04.2026 - Friends of Standing Together und Don't Look Away e.V. rufen für Mittwoch, den 29.04. um 17:30 Uhr zu einer Kundgebung gegen das kürzlich verabschiedete Gesetz zur Erweiterung der Todesstrafe in Israel auf. Die Demonstration richtet sich gegen eine Gesetzesänderung, die von internationalen Menschenrechtsorganisationen und UN-Expert*innen scharf kritisiert wird.

Ana von Friends of Standing Together erklärt:

„Wir gehen auf die Straße, weil dieses Gesetz zutiefst unrecht und menschenverachtend ist. Es verschärft die systematische Diskriminierung, Entrechtung und Unterdrückung von Palästinenser*innen. Die Ausweitung der Todesstrafe ist kein isolierter Akt, sie stellt ein weiteren Zivilisationsbruch in der genozidalen Politik der israelischen Regierung dar.“

Mit der Kundgebung wollen die veranstaltenden Gruppen ein Zeichen gegen die Normalisierung von Menschenrechtsverletzungen setzen und internationale Aufmerksamkeit schaffen. Sie fordern von der deutschen und europäischen Politik die sofortige Aussetzung des EU-Handelsabkommens mit Israel, einem ausnahmslosen Stopp der Waffenexporte nach Israel und einer konsequenten Durchsetzung des Völkerrechts ohne politische Doppelstandards.

Das neue Gesetz ermöglicht die Verhängung der Todesstrafe in Fällen von „Terrorismus“ und wird von Kritiker*innen als gezielt gegen Palästinenser*innen gerichtet bewertet. Internationale Stimmen sprechen von einer gefährlichen Verschärfung bestehender Ungleichheiten im israelischen Rechtssystem. So warnte die UN, das Gesetz stelle eine „schwerwiegende Eskalation der diskriminierenden Unterdrückung von Palästinenser*innen“ dar (eigene Übersetzung des englischen Originals: „grave escalation“). Amnesty International kritisiert, dass das Gesetz „grundlegende Schutzmechanismen gegen willkürliche Tötung abbaut und das Recht auf ein faires Verfahren untergräbt“ und zugleich „das System der Apartheid weiter stärkt“ (eigene Übersetzung).

Besonders problematisch ist laut Menschenrechtsorganisationen, dass das Gesetz im Kontext systematischer Diskriminierung von Palästinenser*innen Anwendung findet: Militärrecht in der Westbank und struktureller Apartheid in Israel. Urteile stützen sich hier oft auf unter Folter oder Druck erpresste Geständnisse. Die Anwendung der Todesstrafe unter solchen Bedingungen verstößt gegen grundlegende Menschenrechte, insbesondere gegen das Recht auf Leben und das Verbot von Folter.

Die UN-Expert*innen fordern daher unmissverständlich: Das israelische Oberste Gericht müsse das Gesetz „unverzüglich für ungültig erklären“, um „irreversiblen Schaden“ zu verhindern (eigene Übersetzung). Auch Amnesty International ruft die internationale Gemeinschaft dazu auf, maximalen Druck auszuüben, um das diskriminierende Gesetz zurückzunehmen.

Kundgebung:

Berlin, Hackescher Markt (Nordseite)

29.04.2026, 17:30 Uhr